

# Pragmatisches Serbien : unrealistische EU?

Autor(en): **Schneider, Henrique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358142>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Pragmatisches Serbien – Unrealistische EU?

**Während sich die EU auf den «westlichen» Kurs Serbiens neuer Regierung freut, bleiben einige Fragen zum Verhältnis zwischen Belgrad und Moskau sowie zur Rolle der militärischen und Sicherheitsdienste in Serbien offen. Ist das Land wirklich auf EU-Kurs? Selbst wenn es wäre: was bedeutet dies?**

Henrique Schneider

Die Freude war gross, als der 15-Punkte-Plan zwischen Serbien und Kosovo am 19. April 2013 unterzeichnet wurde. Prompt wurde die westliche Orientierung der seit 2012 amtierenden serbischen Regierung gefeiert. Politiker in Frankreich, Deutschland und den USA forderten die EU dazu auf, die Beitrittsverhandlungen mit Belgrad zu beschleunigen (die USA fanden auch gute Worte für das Kosovo). Der serbische Premierminister terminierte die nächsten Beitrittsverhandlungen bereits auf den Juni 2013. Serbien auf EU-Kurs?¹ Vielleicht.

Zugegeben: Das Verhältnis zwischen Prishtina und Belgrad hat sich markant entspannt, einige würden sogar sagen, verbessert. Zwar anerkennt Serbien die Unabhängigkeit des albanischen Landes in seinem Süden immer noch nicht, doch es wurde ein *modus vivendi* gefunden.² Freilich bleiben Umsetzungsprobleme namentlich in den Fragen der Gemeindeautonomie, der Aufarbeitung von Streitigkeiten hinsichtlich des Grundeigentums und in bestimmten Budgetzuteilungen, doch alleine die Tatsache, dass eine Einigung gelang, ist bemerkenswert.

## Gesinnungswandel

Serbien selber stilisierte sich lange als Verbündeter Russlands in Europa, als Kopf der Bewegung blockfreier Staaten und als Botschafter der orthodoxen Christenheit. In allen drei Kategorien schwingt die Ablehnung der Europäischen Union und der «westlichen Welt» implizit mit.

Erst in den letzten Jahren – unter der Regierung des Präsidenten Boris Tadić – wurde die EU-Mitgliedschaft zur Priorität.³

Umso grösser war das Unbehagen in der EU, als 2012 Tadić den Wahlkampf verlor und stattdessen eine sozialistisch-nationalistische Allianz die Wahlen gewann. Der heutige Präsident Serbiens, Tomislav Nikolić (der immerhin in der Regierung von Slobodan Milošević und in der Partei des Ultranationalisten Vojislav Šešelj Führungspositionen innehatte), verkündete noch in seinem Wahlkampf «Wegen der EU geben wir das Kosovo nicht auf». Der heutige Premierminister Ivica Dačić sagte noch vor zwei

Jahren «Lieber das Kosovo in Serbien, als Serbien in die EU».⁴ Heute schliessen sie Abkommen und terminieren Gespräche. Wie ist der Gesinnungswandel zu erklären?

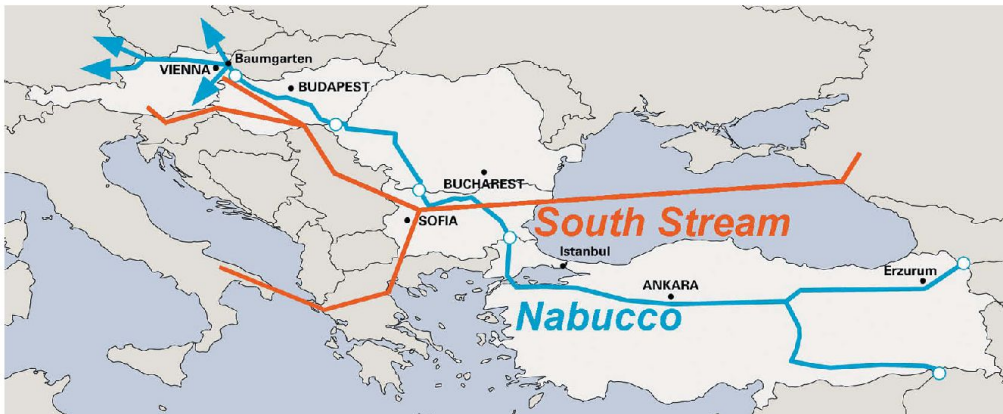
## Frage der Perspektive

Vielleicht ist es kein Gesinnungswandel. Überall auf der Welt bedient sich die Politik der Symbole – warum sollte Serbien anders sein?⁵ Dass nationalistische Parteien jene Botschaften aussenden, die ihre Wählerschaft ansprechen, darf nicht überraschen. Dass die sozialistische Partei Serbiens Populismus betreibt, macht niemanden stutzig. Möglicherweise sind die nationalistischen bzw. sozialistischen Botschaften nicht so weit von der Realität der letzten Monate entfernt, als es auf den ersten Blick aussieht.

Um dieses genauer zu durchleuchten, ist vom Paradigma abzuweichen, wonach eine Entscheidung für die EU gleichzeitig ein Ausschluss anderer Beziehungen ist. Serbien ist ein kleiner Staat im südöstlichen Europa mit einer bescheidenen Wirtschaft und noch bescheidenen Möglichkeiten, sich international zu engagieren. Es scheint daher rational, dass sich das Land an die jeweils günstigsten Mittelflüsse und Beziehungsnetze orientiert und dort versucht, jene Konzessionen, die es machen muss, zu minimieren.⁶



Gazimestan ist eine im Jahr 1953 errichtete Gedenkstätte im Kosovo; sie befindet sich am Schauplatz der Schlacht auf dem Amselfeld (1389).



Gas Pipelines SouthStream und Nabucco.

Grafik und Bild: Wikimedia Commons

Stellt man nicht Ideologie, sondern Pragmatismus in den Mittelpunkt der Erklärung, lösen sich einige Widersprüche auf. Für Serbien ist es wohl möglich, EU-Mitgliedschaft mit der «Freundschaft zu Russland» zu verbinden. Während die EU programmatisch an einer Ausdehnung über den Balkan interessiert ist (es fehlen noch Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien und das Kosovo), wäre Russland zufrieden, mit einer verstärkten Kooperation mit einem EU-Land.<sup>7</sup>

Nicht nur zur EU, sondern auch zu Moskau intensivieren sie Belgrads Kontakte. Beispielsweise wurden am 24. März 2013 (einige Tage nach dem Kosovo-Übereinkommen) die Verträge zwischen Serbien und Russland bezüglich der Gaspipeline South Stream unterschrieben (Abbildung oben). Gazprom Serbia (eine in der Schweiz gegründete Firma) wird voraussichtlich Ende 2013 mit den Bauarbeiten in Serbien beginnen. Es sei hier nur am Rande erwähnt, dass South Stream die eigentliche Konkurrenz zu der von der EU favorisierten Nabucco-Pipeline ist.<sup>8</sup> Es kommt auch nicht von ungefähr, dass Serbien am 30. Mai 2013 mit Russland militärische Kooperationsabkommen unterschrieb und sich auf den Kauf von sechs MiG29M2 verpflichtete.<sup>9</sup>

Diese Entscheide sind per se weder widersprüchlich noch problematisch. Ein Land wie Serbien ist auf Pragmatismus angewiesen und so ist es rational, dass es

sich nicht an eine Grand-Strategy hält, sondern Optionen einzeln überprüft und abwägt, so die Beispiele: Die Gespräche mit der EU können weiter gehen, weil das Kosovo-Problem aus dem Weg geräumt scheint – ohne dass Belgrad auf die südliche Region insgesamt verzichten muss. Militärische Kooperationen mit Russland, inklusive Rüstungsbeschaffung, werden eingegangen, ohne dass Belgrad dafür bezahlen müsste, denn erstens erhält es Kredite von Moskau und zweitens beteiligt es sich an South-Stream. Und es gibt viele weitere Beispiele für den serbischen Pragmatismus: Autokäufe aus Weissrussland, Unterstützungsabkommen mit Spanien (wohl zur Unzeit), «Verbrüderung» mit China und dergleichen.<sup>10</sup>

### Merkwürdigkeiten und Herausforderungen

Lässt sich aus dem gesagten folgern, dass alle Schwierigkeiten im Umgang mit Serbien erklärt sind? Eher nicht. Ein pragmatisches Belgrad ist ein zwar rationaler, aber unvorhersehbarer Akteur. Der Umgang mit vielen der wichtigsten Herausforderungen kann eben aufgrund des Pragmatismus nur schwerlich geplant werden. Wie reagiert Belgrad angesichts der Forderungen der Serben im Kosovo, ein eigenständiges Parlament zu haben? Welche Antwort hat das Land auf die Stellung der bosnischen Serben, eines der Bremsfaktoren in Bosniens Weg zur EU-Mitgliedschaft. Die Union verlangt die Einhaltung gewisser Haushaltskriterien für den Beitritt, doch lässt sich die Regierung in der weissen Stadt an

**«Ein Land wie Serbien ist auf Pragmatismus angewiesen und so ist es rational, wenn es Optionen statt Strategien überprüft.»**

der Donau in die Karten blicken? Dem Internationalen Währungsfonds wurden selbst in Krisenzeiten keine Informationen gegeben.

Vor dem Hintergrund dieser Fragen vermag es nur wenig zu stören, wenn der Premierminister gleichzeitig das Innenressort inklusive der Polizei, dem Abwehrrdienst und der Koordinationsstelle für Kosovo (und Metochien – aus serbischer Sicht) führt und sein erster Stellvertreter, Aleksandar Vučić, die Streitkräfte und die anderen Nachrichtendienste unter sich hat. Nur Zyniker würden hier die grössere demokratische Kontrolle postulieren.

Was bleibt? «In Serbien gibt es keine Europäisten oder Russophile, sondern lediglich verschiedene Facetten des Nationalismus» sagte der Belgrader Polit-Analyst Dragan Bujošević. Dass Serbien zunehmend pragmatisch auf der politischen Bühne agiert, bedeutet einerseits, dass es rational handelt, aber andererseits, dass es weniger vorhersehbar ist. Alle jene, die sich über eine «Wende zur EU» freuen, freuen sich vergebens. Pragmatismus dient dem Interesse des Landes, nicht dem der EU. ■

- 1 Die Zeit (27. Mai 2013): «Serbien stimmt Normalisierungsabkommen mit dem Kosovo zu». Hamburg.
- 2 The Economist (29. April 2013): «A deal at last?» London.
- 3 Ramer, Sabrina und Pavlakovic, Vjeran (2006): Serbia Since 1989: Politics and Society under Milosevic and After. Seattle.
- 4 The Economist (8. Januar 2013): «Will 2013 be better than 2012?» London.
- 5 Čolović, Ivan (2002). Politics of Symbol in Serbia. Belgrade.
- 6 Becker, Jens und Engelberg, Achim (2008). Serbien nach dem Krieg. Frankfurt.
- 7 Bundeszentrale für politische Bildung (2008). Geopolitische Motive und Probleme des europäischen Einigungsprozesses. Bonn.
- 8 MacDonald, Neil (25. Februar 2008): «Balkan boost for Russian gas plan». BBC News, London.
- 9 Xinhua (30. Mai 2013): «Russia, Serbia eye closer military-technical ties». Peking.
- 10 Politika (1. Mai 2013): «Интернационал Политика Србији». Belgrad.



Henrique Schneider  
Schweizerischer  
Gewerbeverband  
Ressortleiter  
Wirtschaftspolitik  
3001 Bern